

- 6.3 Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsanträgen
Vorlage: 22/SVV/0795
Fraktion DIE aNDERE
- Wiedervorlage -
- 6.4 Beschluss Rahmenplan Golm 2040
Vorlage: 22/SVV/1236
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- Wiedervorlage -
- 6.5 Umsetzung Holzbau-Initiative
Vorlage: 23/SVV/0030
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- Wiedervorlage -
- 6.6 Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen
Vorlage: 23/SVV/0130
Fraktion DIE aNDERE
- 6.7 Einrichtung von Terminals zur Selbstbearbeitung im Jobcenter
Vorlage: 23/SVV/0190
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6.8 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024
Vorlage: 23/SVV/0219
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Soziale Stadt Pro Potsdam gGmbH - Übernahme der Trägerschaft des
Bürgertreffs Neu Fahrland und Beratungs- und Unterstützungsangebote in
Bornstedt
Vorlage: 23/SVV/0174
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 7.2 Erstellung eines neuen Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 23/SVV/0170
Oberbürgermeister, Beauftragte für Migration und Integration
- 7.3 Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 23/SVV/0236
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 7.4 Bericht zum Zweckentfremdungsverbot
- 7.5 Änderung der Hauptsatzung – Neu-Strukturierung Beirat für Menschen mit
Behinderung
- 7.6 Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Flüchtlingen -
Integrationsbudget
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.02.2023

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 8 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Adler stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 14.02.2023 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird einstimmig **bestätigt**.

Anschließend schlägt Herr Adler folgende Änderungen zur Tagesordnung vor:

TOP 6.8 „Personalbedarfsanalyse - Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der Stadtverwaltung“ (DS 23/SVV/0298) wird in der Reihenfolge der Beratung vorgezogen und als TOP 6.1 behandelt, da Frau Dr. Kletzing die Drucksache anschließend am Ausschuss für Bildung und Sport vorstellen muss. TOP 6.5 „Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan in Potsdam“ (DS 23/SVV/0177) wird ebenfalls vorgezogen und als TOP 6.2 beraten, da hier ein Antrag auf Rederecht vorliegt.

Frau Vandre bittet den TOP 6.4 „Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen“ (DS 23/SVV/0130) zurückzustellen und eine Stellungnahme der Pro Potsdam zur Vergabep Praxis einzuholen, um diese besser bewerten zu können.

Herr Adler stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die Tagesordnung wird mit 6 Zustimmungen, 1 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Anschließend stellt er die Erteilung des Rederechtes für Frau Guse (Beratungsfachdienst für Migrant:innen beim Diakonischen Werk) zur Abstimmung. Der Erteilung des Rederechtes wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion

Der Bericht des Migrant:innenbeirates sowie der Bericht des Seniorenbeirates liegen schriftlich vor.

Frau Hussain informiert, dass der Migrant:innenbeirat mit Unterstützung von Herrn Heuer ein Mentoring-Programm gestartet hat, an dem an politischer Arbeit interessierte Potsdamerinnen und Potsdamer teilnehmen können.

zu 4 Vorstellung der der Arbeit Beauftragten für Migration und Integration

Frau Dr. Palenberg stellt ihre Arbeit vor und verweist auf die guten Kontakte zum Migrantenbeirat sowie zu den migrantischen Communitys.

Sie verweist auf den Wechsel in der Leitung Fachbereichs Ordnung und Sicherheit sowie in der Ausländerbehörde. Hier besteht ein sehr guter Kontakt und reger Austausch.

Auch die Zusammenarbeit mit dem Bereich Soziale Wohnhilfen und Unterbringung im Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration ist sehr gut.

Des Weiteren ist die Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen gut angelaufen. Gemeinsames Ziel ist die Verbesserung der Situation für die Menschen.

Ein sehr aktuelles Thema ist das der Einbürgerungen.

Frau Palenberg betont, dass auch im Sinne der Menschen, die die Dienstleistungen in Anspruch nehmen, langfristig mit so viel Personal geplant werden muss, dass die Arbeit ohne Einbußen der Qualität zu schaffen ist.

Anschließend beantwortet sie Nachfragen der Ausschussmitglieder.

zu 5 Vorstellung der Ergebnisse der vertiefenden Untersuchung zur Umsetzung des Beschlusses 20/SVV/0441 - Soziale Erhaltungssatzung

Herr Drescher (LPG mbH) stellt anhand einer Präsentation die Ergebnisse der Untersuchung vor. Er stellt die Kenndaten der Haushaltsbefragung vor und geht dann auf die beiden Teilgebiete innerhalb des Untersuchungsgebietes ein und stellt wesentliche Kennzahlen vor.

Er stellt die Empfehlungen vor und gibt dann Erläuterungen zu Erhaltungszielen und negativen städtebaulichen Folgen.

Anschließend beantworten Herr Jekel und Herr Drescher Nachfragen der Ausschussmitglieder. Auf Nachfrage teilt Herr Jekel mit, dass geplant ist, zur Stadtverordnetenversammlung im Juni 2023 die Satzung vorzulegen. Zusammen mit der Satzung wird auch das Gutachten fertig, dass dann zur Verfügung gestellt werden kann.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Personalbedarfsanalyse Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der Stadtverwaltung

Vorlage: 23/SVV/0298

Oberbürgermeister, Personal und Organisation

Frau Dr. Kletzing gibt anhand einer Präsentation Erläuterungen zur vorliegenden Drucksache.

Anschließend beantwortet sie Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.2 Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan in Potsdam Vorlage: 23/SVV/0177

Fraktion DIE aNDERE

Frau Guse (Beratungsfachdienst für Migrant:innen beim Diakonischen Werk). Sie

weist darauf hin, dass in Potsdam ca. 900 Personen aus Afghanistan leben. Sie schildert eingangs das Verfahren der Meldungen.

Frau Hussain ergänzt, dass sich die Menschen auch an den Migrantenbeirat wenden. Der Migrantenbeirat hat dazu Vorschläge zur befristeten Stellenschaffung und zur Finanzierung erarbeitet.

Herr Jekel schlägt vor zu prüfen, ob die meldende Stelle im Bereich Arbeit und Beschäftigung verortet werden kann. Das Ergebnis der Prüfung kann dem GSWI-Ausschuss in der nächsten Sitzung vorgestellt werden.

Es erfolgt eine kurze Verständigung zum vorliegenden Antrag.

Frau Vandre schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und das Prüfergebnis abzuwarten.

Herr Adler bittet um **Abstimmung über die Rückstellung der Drucksache.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 6.3 Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsanträgen

Vorlage: 22/SVV/0795

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Herr Brödno bittet, auf die Entwicklung der Zahlen sowie der Stellen einzugehen.

Herr Dr. Lauber erklärt, dass mit Blick auf den momentanen Rückstand die Abarbeitung innerhalb von 6 Monaten nicht realistisch ist. Aktuell gibt es 3 Personen, die Einbürgerungen bearbeiten. Weitere 2 Stellen sollen hinzukommen. Zur Abarbeitung der Rückstände bedarf es weiterer Personalstellen.

Des Weiteren macht Herr Dr. Lauber deutlich, dass die Einbürgerungsvoraussetzungen, aber auch die vollständigen Unterlagen vorliegen müssen. Er verweist aber auch auf mögliche Einflüsse von Seiten der Herkunftsländer.

Er informiert, dass Geschäftsprozesse optimiert und technische Verbesserungen vorgenommen werden. Perspektivisch sollte die Einbürgerung eine eigene Arbeitsgruppe mit einer stärkeren fachlichen Ausrichtung innerhalb der Ausländerbehörde sein, auch um Schnittstellen gering zu halten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Bearbeitungszeiten in der Einbürgerungsbehörde deutlich zu verkürzen.

Die Behörde soll personell so ausgestattet werden und ihre Arbeitsabläufe so optimieren, dass die einzelnen Einbürgerungsverfahren künftig im Regelfall innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im Januar 2023 über den Sachstand informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen und 5 Stimmenthaltung angenommen.

zu 6.4 Beschluss Rahmenplan Golm 2040

Vorlage: 22/SVV/1236

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

- Wiedervorlage -

Herr Wolfram stellt anhand einer Präsentation den Rahmenplan Golm 2040 vor und gibt Erläuterungen zum Planungsprozess.

Anschließend beantwortet er Nachfragen von Seiten der Ausschussmitglieder.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Der Rahmenplan Golm 2040 bildet die planerische und konzeptionelle Grundlage für die weitere Entwicklung des Ortsteils und des Innovationsstandortes Golm und ist u.a. bei Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.
2. Der Rahmenplan Golm 2040 ist eine langfristige, gemeinsame Strategie- und Arbeitsgrundlage mit Selbstbindung für die Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltung.
3. Die aufgezeigten Handlungsfelder und Maßnahmen sind durch die Verwaltung konzeptionell, finanziell und zeitlich zu konkretisieren.
4. Der Rahmenplan Golm 2040 ist – im Rahmen eines entwicklungsbegleitenden Monitorings – regelmäßig auf seine Aktualität zu prüfen und hinsichtlich seiner planerischen Grundzüge fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen und 1 Ablehnung angenommen.

zu 6.5 Umsetzung Holzbau-Initiative

Vorlage: 23/SVV/0030

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

- Wiedervorlage -

Herr Heuer verweist auf die Federführung des SBWL-Ausschusses und schlägt vor, die Drucksache lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich für die Zurückstellung der Drucksache aus.

Herr Adler stellt die **Rückstellung der Drucksache** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Mit 1 Zustimmung, 5 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Somit wird die Drucksache zur Kenntnis genommen.

zu 6.6 Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen

Vorlage: 23/SVV/0130

Fraktion DIE aNDERE

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 6.7 Einrichtung von Terminals zur Selbstbearbeitung im Jobcenter

Vorlage: 23/SVV/0190

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Eifler bringt die Drucksache ein und erläutert diese.

Frau Vandre schlägt vor, die Erledigung des Antrages festzustellen, da die geforderten PC bereits zur Verfügung stehen.

Herr Adler bittet um Abstimmung über die **Feststellung der Erledigung**.
Dieser wird mit 6 Zustimmungen und 1 Ablehnung **zugestimmt**.

zu 6.8 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024

Vorlage: 23/SVV/0219

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dahingehend, dass die Drucksache heute in 1. Lesung und in der nächsten Sitzung am 16.05.2023 behandelt wird.

Frau Zielasko bringt anhand einer Präsentation die Haushaltsplanung für den GB 3 ein und gibt Erläuterungen. Anschließend stellt Herr Barth die Planungen für den Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst vor, Frau Kitzmann die Planungen für den Fachbereich Soziales und Inklusion. Herr Jekel stellt die Haushaltsplanungen für den Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration vor.

Anschließend beantworten sie die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Die Nachfrage, ob Kinder mit Förderbedarfen in der Pandemiephase tatsächlich nicht gefördert werden können, kann durch Herrn Barth nicht beantwortet werden. Er sagt zu, die Antwort mit der Niederschrift nachzureichen.

Nachtrag: In der Pandemiestufe E konnte der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) nicht die Kita-Reihenuntersuchungen durchführen.

In den Kita-Reihenuntersuchungen können Kinder mit Defiziten/Förderbedarfen ermittelt werden. Die Kitas selbst haben die Entwicklung der Kinder aber im Blick und sprechen Eltern bei Auffälligkeiten/Entwicklungsdefiziten an. Auch Kinderärzte können Kindern Frühförderung empfehlen bzw. diese an Frühförderstellen weiterleiten.

Während der Corona-Pandemie erfolgte die Bearbeitung der Fördergutachten in der AG Frühförderung auch auf Basis von Aktenlage.

Insgesamt konnten durch die „ausgefallenen“ Kita-Reihenuntersuchungen weniger Kinder mit Förderbedarfen ermittelt werden.

Mittlerweile läuft das System in der Arbeitsgruppe Frühförderung wieder im normalen Prozess.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Soziale Stadt Pro Potsdam gGmbH - Übernahme der Trägerschaft des Bürgertreffs Neu Fahrland und Beratungs- und Unterstützungsangebote in Bornstedt

Vorlage: 23/SVV/0174

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Erstellung eines neuen Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 23/SVV/0170

Oberbürgermeister, Beauftragte für Migration und Integration

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 23/SVV/0236

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Herr Jekel erklärt, dass im Rahmen der Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzeptes ein neues Format vorgelegt wird.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Bericht zum Zweckentfremdungsverbot

Herr Jekel gibt anhand einer Präsentation einen Bericht zur Zweckentfremdung. Anschließend beantwortet er Nachfragen der Ausschussmitglieder

zu 7.5 Änderung der Hauptsatzung – Neu-Strukturierung Beirat für Menschen mit Behinderung

Frau Dr. Denninger informiert, dass am 03.05.2023 die Beschlussvorlage zur Änderung der Hauptsatzung in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und möglichst sofort beschlossen werden soll. Außer der Neustrukturierung des Beirates für Menschen mit Behinderung gibt es noch eine Änderung, die die Ortsbeiräte betrifft.

Des Weiteren wurden die Geschäftsordnung sowie die Wahlordnung des Beirates für Menschen mit Behinderung geändert.

zu 7.6 Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Flüchtlingen - Integrationsbudget

Die schriftlich ausgereichte Information wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 Sonstiges

Frau Kitzmann informiert, dass die Finanzierung der Brandenburgischen Seniorenwoche gesichert ist.

Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 16. Mai 2023, 18:00 Uhr

Uwe Adler
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin